



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/42 - 19.2.54
Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 039690

Vorläufiges Fazit von Berlin	S. 1
Wieder "Kabinett der Mitte" in Italien	S. 3
Die Kreuze des Coburger Convents	S. 4
Gefahren in Schleswig-Holstein	S. 6

Die Aufgabe bleibt

(sp) Die Berliner Konferenz der vier Außenminister endete, soweit es die Frage der deutschen Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit betrifft, ohne sicht- und greifbare Ergebnisse. Das gemeinsame erste und letzte Kommuniqué schließt mit der nüchternen Feststellung, daß die vier Besatzungsmächte nicht in der Lage waren, über Deutschland, europäische Sicherheit und die Österreich-Frage ein Übereinkommen zu erzielen, und es ist bedauerlich, daß in diesem Schlußabsatz nicht einmal eine Andeutung über die Möglichkeit zu finden ist, die Themen auf diplomatischem Wege oder über die Hohen Kommissare nicht ganz versanden zu lassen. Dafür, daß man das allerdings nicht tun will, finden sich freilich in den Reden der vier Außenminister eine ganze Reihe von Anzeichen. Jede Erleichterung, die im Zuge einer "Kleinen Lösung" den 18 Millionen Bewohnern der Sowjetzone durch Beseitigung des Zonensperrgürtels und durch ungehinderten Verkehr von Waren und Menschen zukommt, ist ein, wenn auch bescheidener Gewinn.

Es gab wohl keinen verantwortlichen Politiker, der von dieser Berliner Begegnung die deutsche Wiedervereinigung in Einheit und Freiheit erwartet hätte. Dazu sind die gegenseitigen Positionen noch zu verkrampt, das beiderseitige Mißtrauen noch zu tief verwurzelt und die Furcht vor einem wiedervereinigten Deutschland

ist - auch das hat der Konferenz-Verlauf ergeben - auf beiden Seiten im neunten Jahre nach dem Krieg immer noch vorhanden. Der Westen fürchtet, daß ein wiedervereinigtes Deutschland früher oder später in den Sog der Sowjetunion hineingeraten könnte, eine These, die die Bundesregierung den Westmächten und dem eigenen Volke seit Jahren suggeriert. Der Osten wiederum sieht und beschwört die Gefahr eines Deutschland, das durch das Gewicht seiner Zahl und seines industriellen Potentials das weltpolitische Gleichgewicht zugunsten der Westmächte verändert. Der regierungsamtliche Westen glaubt sich gegen diese "deutsche Gefahr" zu sichern, indem er an der EVG festhält, während Molotow einen kollektiven Sicherheitspakt der europäischen Länder vorschlug, ohne zu erklären, ob die Sowjetunion als Ganzes oder nur ihr europäischer Teil oder ob sie überhaupt als "europäisches Land" gelten sollte. Manche der Begründungen, die der wendige sowjetische Außenminister für die "Kontrolle des deutschen Militarismus" und für den von ihm propagierten Sicherheitspakt lieferte, konnten direkt aus den EVG-Debatten in der französischen Nationalversammlung stammen. Die französischen EVG-Einheitscher preisen diesen Vertrag in ihrem Lande gerade mit dem Hinweis an, daß er das beste Mittel sei, der deutschen Volks- und Wehrkraft Fesseln aufzuerlegen.

Ein vorläufiges Fazit dieser Berliner Tage, mit allem Vorbehalt gezogen, ergibt etwa folgendes Bild:

1. Eine Verschärfung der weltpolitischen Spannungen wird von keiner Seite gewünscht. Die Außenminister bleiben weiter im Gespräch.
2. In der Rangordnung der internationalen Probleme nimmt für die Sieger des zweiten Weltkrieges die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands den letzten Platz ein. Es fehlt zwar nicht an der Erkenntnis, wie gefährlich auf die Dauer die Spaltung Deutschlands für den Weltfrieden ist, aber vorläufig zieht man noch den Status quo vor.
3. Immerhin waren die Außenminister sich einig, daß die Wiederherstellung eines einheitlichen Deutschlands, in welchen Formen sie sich auch immer vollziehen mag, nur im Rahmen einer dauerhaften europäischen Sicherheit möglich ist.
4. Die Absicht der vier Mächte, im Atom-Zeitalter es nicht zum Äußersten kommen zu lassen und dort Möglichkeiten einer Entspannung zu suchen, wo die Gefahr eines Zusammenstoßes der beiden Blöcke am größten ist: in Korea

und Indochina. Die Regelung der strittigen Fernost-Fragen ist sowohl für die Sowjetunion als auch für die Westmächte dringlicher als die Lösung der deutschen Frage.

Die Frage steht, welche Folgerungen in der Bundesrepublik gezogen werden müssen. Die Koalitionsparteien und Dr. Adenauer - das lassen die ersten Verlautbarungen erkennen - halten jetzt den Zeitpunkt für gekommen, die EVG-Einbahnpolitik noch hartnäckiger zu verfolgen, falls das überhaupt möglich ist. Die überstürzte Behandlung der Grundgesetz-Änderung schon in der kommenden Woche spricht dafür. Dabei dürften sich selbst diese Kreise darüber im klaren sein, daß mit solchen Maßnahmen im gegenwärtigen Zeitpunkt nur propagandistische Effekte erzielt werden können, denn die Schlüssel zur EVG liegen bei den Parlamenten von Frankreich und Italien.

Deutsche Aufgabe sollte es darum vielmehr sein, alle Chancen auszunutzen, die sich aus den Möglichkeiten der "Kleinen Lösung" ergeben, ja man muß die Forderung stellen, auf diesem Gebiet initiativ zu sein, selbst einseitig vorwegnehmend, denn die damalige einseitige Aufhebung des Interzonenzwanges durch den Westen hat bewiesen, daß durch solche Initiative die Sowjets zum Nachziehen gezwungen werden können und damit das Schicksal unserer Landsleute in den Zonen erleichtert wird.

Das tragende Element jeder deutschen Politik muß bleiben, unabhängig die Wiedervereinigung zu fordern und von deutscher Seite ihre Wage freizuhalten: denn jedes Beharren und jede Zementierung des Status quo durch den Anschluß eines Teiles Deutschlands an Militärbündnisse im Sinne der EVG führen nicht zu jener dauerhaften Entspannung, zu der sich die uneinigen Sieger des letzten Weltkrieges und Verantwortliche für die Teilung Deutschlands in Berlin bekannt haben.

+ + +

Heikle Situation zu erwarten

j.k.-Rom

Die parlamentarischen Debatten um das Vertrauensvotum für den neuen italienischen Ministerpräsidenten Mario Scelba (Democristiana) dürften sich bis Ende Februar, vielleicht bis Anfang März, hinziehen. Es ist kein Geheimnis, daß die neue, aus der Democristiana, der Sozialdemokratischen Partei Saragats und den Liberalen bestehende Koalition auch im günstigsten Falle nur mit einer bescheidenen Mehrheit rechnen kann. Die südtiroler Abgeordneten und Senatoren dürfen als regierungsfreundlich angesehen werden, und die kleine Republikanische Partei (drei Kammersitze) hat ihre Unterstützung fest zugesagt. Dennoch ist die Opposition (KP und Nennis Sozialisten auf der Linken, Monarchisten und Neofaschisten auf der Rechten) stark genug, um der Regierung das Leben sauer zu machen.

Wenn in der Regierung Scelba die Sozialdemokraten Giuseppe Saragats stärker vertreten sind als dem parlamentarischen Kräfteverhältnis entspricht, so hat das seine guten Gründe. Die Democristiana, die über 262 Kammersitze verfügt, stellt 14 Minister, die Sozialdemokraten, die 19 Kammersitze innehaben, erhielten vier, die Liberalen, die durch 14 Abgeordnete vertreten sind, drei Minister-Portefeuilles. Sozialdemokraten und Liberaler sind demnach, wenn man lediglich die Ziffern zur Beurteilung heranzieht, "bevorzugt". Mehr noch: Die Sozialdemokraten stellen - in der Person Saragats - den Stellvertretenden Ministerpräsidenten, und die antiklerikalen Liberalen erhielten das Unterrichtsministerium.

Dieses bedeutende Entgegenkommen hat seine guten Gründe. Die Regierung Mario Scelbas stellt den vielleicht letzten Versuch dar, ein "Kabinett der Mitte" zusammenzustellen; wäre der Versuch mißlungen, so hätte es für die Democristiana nur noch eine einzige praktische und eine einzige theoretische Möglichkeit zur Vermeidung von Neuwahlen gegeben. Die praktische wäre der Ruck nach Rechts zu den Monarchisten gewesen; die theoretische die Annahme der ausgestreckten Hände Pietro Nennis und seiner 25 Linksozialisten.

Bei einer Wendung nach rechts mußten etliche Gefahren in Kauf genommen werden. Dem linken Flügel der Democristiana nämlich, besonders der gewerkschaftlich eingestellten Gruppe, mag eine Verbindung

mit den Monarchisten als untragbar erscheinen, und die Gefahr einer Abmahnung wäre dann nicht zu übersehen. Bei einer Annahme des Nennischen Mandats wiederum, müßte mit Empörungen auf dem rechten Flügel gerechnet werden, der gelegentlich eine gewisse Vorliebe für die Monarchistische Partei bekundet hat. Spaltungs-Tendenzen innerhalb der Democristiana können demnach nur durch Zusammenfassung aller Kräfte der Mitte und Mäßigung neutralisiert werden, und so mußte Scelba sowohl den Liberalen wie den Sozialdemokraten etwas "bieten". Dies entsprach vermutlich den Gedankengängen seines Parteichefs de Gasperi und wohl auch der Entschluß, Saragat den Posten des Stellvertretenden Ministerpräsidenten einzuräumen.

Die extremen Parteien auf der Rechten wie auf der Linken haben bereits begonnen, den Sozialdemokraten "Knüppel zwischen die Beine" zu werfen. Sie warteten nicht erst ab, ob Senat und Kammer der Regierung Scelba das Vertrauen aussprechen werden: Die Kommunisten setzten eine mächtige, politische, wirtschaftlich getarnte, Streikwelle in Bewegung, die Neofaschisten kündigten einen "sozialen Gesetzentwurf" an, und in beiden Fällen lautet die Frage: "Nun, was sagen die Sozialdemokraten dazu?"

Kommt es bei den Streiks zu Ausschreitungen, die zweifellos im Programm der KP vorgesehen sind, so wird Saragat zu einer "arbeiterfeindlichen Regierung" gehören. Und lehnt seine Partei den Gesetzentwurf der Neofaschisten ab, so wird der gleiche Vorwurf erhoben werden - denn der Entwurf sieht die Sozialisierung aller Betriebe vor, an denen der Staat beteiligt ist. Zu ihnen gehören die größten technischen und chemischen Unternehmungen.

+ + +

Die Kreuze des Coburger Convents (CC)

Uns wird geschrieben:

Am 5.2.1954 verschickte der Coburger Convent (CC), Dachorganisation von etwa einhundert schlagenden Korporationen aller Universitäten des Bundesgebietes, durch seine Präsidierende Turnerschaft Cheruscia Göttingen ein amtliches Handschreiben mit der Nummer P 5 - 53/54 an alle CC-Korporationen, AFCC's (Altherrenverbände im CC) und Ortsleiter im CC. In ihm heißt es, daß "in der abgelaufenen Zeit eine innere Konsolidierung im Bereich der personellen Veränderungen in den

Verbands-korporationen anzutreffen sei". Daher ergäbe es sich, den beiliegenden Fragebogen zu "statistischen Zwecken" sorgfältig auszufüllen.

In Frage 14 heißt es da: Wieviele ehemalige Angehörige der Wehrmacht (einschließlich Waffen-SS) sind in Ihrem Bund?

Und in Frage 26: Welche Auszeichnungen und wieviele wurden an Angehörige Ihres Bundes verliehen (Deutsches Kreuz in Gold, Ritterkreuz, Eisernes Kreuz usw.)?

Soweit die Tatsachen.

Die geistige Haltung der Menschen an den Universitäten war von jeher ein wichtiges Spiegelbild des gesellschaftlichen und politischen Zustandes eines Volkes. Dies gilt für Studenten und Professoren gleichermaßen; es gilt aber auch für die Gruppen, Verbände und Korporationen, die soziologisch eng mit der Universität verflochten sind. Es ist also interessant, welcher menschliche und politische Geist sich im Rahmen der allgemeinen Restaurierung, die besonders an den Hochschulen ständig fortschreitet, in dem Rundschreiben ausdrückt.

Was soll also die moderne Bestandsaufnahme soldatischer Dinge? Was soll diese Neubewertung, nachdem vor nunmehr fast neun Jahren mit dem heiß ersehnten Ende des Krieges auch das der Uniformen und Orden kam? Wohl kaum ist vom CC zu erwarten, daß er einen kritischen gesellschaftlichen Beitrag zum modernen Salonproblem des Ordentragens schaffen will. Vielmehr scheint es, daß man mit deutschem Stolz auf die Wehrquantität und -qualität der Männer des CC schaut, auf eine Qualität, über die man sich zumindest sehr sehr streiten kann. Fast jedem dieser Eisernen Kreuze steht eine höhere Anzahl von schlichten Holzkreuzen gegenüber.

Die Renommiersucht der deutschen Korporationen war schon immer unangenehm. Auf die Dauer und in diesem besonderen Fall wird man es aber leid, sich für andere mitschämen zu müssen.

+ + +

Ein Bundesland klagt an

F.v.B. "Gerechtigkeit ehrt ein Volk", formulierte kürzlich Bundestagspräsident Dr. Ehlers. Keinesfalls kann der zweithöchste Mann in der Bundesrepublik seine schleswig-holsteinischen Parteifreunde in diese Sentenz einbezogen haben. Sie brachten das tolle politische Kunststück zuwege, assistiert ausgerechnet vom Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten, im Verlauf der 33. Tagung des schleswig-holsteinischen Landtages rund 80000 Arbeiter, Angestellte und Beamte unter Ausnahmerecht zu stellen. Das geschah durch die Annahme eines von der CDU-BHE-Landesregierung eingebrachten Entwurfes über ein neues Personalvertretungsgesetz für sämtliche Landesbedienstete. Eine CDU-BHE-Mehrheit setzte sich im hemmungslosen Rausch der politischen Macht über alle verfassungsrechtlichen Bedenken hinweg, obgleich der bekannte Hamburger Staatsrechtler Prof. Dr. Ipsen ein Rechtsgutachten vorgelegt hatte, das eindeutig die Verfassungswidrigkeit des jetzt angenommenen Gesetzentwurfes feststellte.

Damit gehen ab 1. April des Jahres die öffentlich Bediensteten in Schleswig-Holstein ihrer bisher gesetzlich verbrieften Arbeitnehmerrechte verlustig. Sie verlieren jegliches Mitbestimmungsrecht bei der Personalpolitik innerhalb der öffentlichen Verwaltungen. Ihren Personalvertretungen verbleiben nur noch mit dem Vergrößerungsglas zu erkennende Mitwirkungsrechte. Die Betriebsräte werden gegenüber den politischen Machthabern für vogelfrei erklärt, indem sämtliche sie bei der Wahrnehmung der Interessen ihrer Kollegen schützenden Bestimmungen abgebaut sind.

Land ohne Kultusminister

Die viertägige Landtagssitzung brachte noch einige politische Mängelheiten, Ungerechtigkeiten und Versäumnisse mehr ans helle Parlamentslicht. Unter neun Bundesländern und Westberlin ist Schleswig-Holstein das einzige Land, das keinen eigenen Kultusminister hat. Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokratie aus der landespolitischen Verantwortung kappten CDU und BHE sofort die ministerielle Spitze und lassen seit über dreieinhalb Jahren das Kultusministerium vom Innenminister unter "ferner Leitung" so nebenbei mitverwalten. Wie würden die Hundhammer und Keixner im übrigen Bundesgebiet schäumen, wenn bei ihnen die harte Hand des Innenministers, der ja ebenfalls Verfassungs- und Polizeiminister ist, die zarte Pflanze Kultus zu betreuen hätte...

Dabei weist Schleswig-Holstein im Norden eine Volkstungsgrenze auf und hat ein Kinderheitenproblem, das gerade in kulturellen Fragen das subtilsten Einfühlungsvermögens bedarf. Im Osten des Landes verläuft von Lübeck bis zur Elbe der Eiserner Vorhang, der bereits zur kulturellen Scheidungslinie geworden ist und einem selbständigen Kultusminister die Verteidigung der kulturellen Güter und Werte des Abendlandes zur politischen Pflicht macht. Zu welchen folgeschweren Schäden diese Gleichgültigkeit, ja, kulturfeindliche Haltung zwangsläufig führen muß, legte die sozialdemokratische Fraktion mit einer nicht zu überhörenden Verbitterung anhand des erheblichen Rückgangs der Schulneubauten dar. Während im Jahre 1950 unter einer sozialdemokratischen Regierung und einem sehr aktiven Kultusminister 429000 Kubikmeter umbauten Schulraumes hergestellt wurden, stellte 1953 die

Regierung Lübke der Schuljugend und den Lehrern nur 207.547 cbm Schulraum zur Verfügung.

Atomisiertes Siedlungsland

Ähnlich katastrophal ist der Rückgang bei der bäuerlichen Siedlung. Die von CDU und BHE praktizierte Agrarpolitik hat nach dreieinhalb Jahren Regierungstätigkeit das zur Verfügung gestandene Siedlungsland regelrecht atomisiert und die ländlichen Neusiedler übel verproletarisiert. Die Zahl der bäuerlichen Stellen mit über 15 ha - Vollbauernstellen - fiel von Jahr zu Jahr, hingegen die nicht lebensfähigen ländlichen Nebenerwerbssiedlungen nahmen lawinenartig zu.

Eine von Sozialdemokraten geführte Landesregierung schuf 1950 noch 267 Vollbauernstellen. Ihre Nachfolger brachten es 1951 auf 213 und 1952 nur noch auf 106 neue Bauernhöfe. Die sozialdemokratische Landwirtschaftspolitik legte 1950 nur 184 Nebenerwerbssiedlungen aus, jene 1951 nur 66, dafür aber 1952 gleich 1.343. Im vergangenen Jahr war die Entwicklung noch verhängnisvoller für die Ansiedlung heimatvertriebener Bauern und nachgeborener schleswig-holsteinischer Bauernsöhne. Von rund 7200 ha Siedlungsland wurden 2700 neue Siedlerstellen geschaffen. Man dividiere... das Ergebnis: Atomisierung des Bauernbodens! Mit Recht war die SPD-Landtagsfraktion die Frage auf, wie lange eigentlich noch wollten CDU und BHE in Schleswig-Holstein angesichts derartiger "Regierungserfolge" die Behauptung aufrechterhalten, etwas von Agrarpolitik zu verstehen, das bäuerliche Eigentum mehren und heimatvertriebenen Bauern helfen zu wollen?

Und die Szene wurde zum Tribunal im Kieler Landtag, als der Oppositionsführer Wilhelm Käber den Stand der Verwaltungsreform für Schleswig-Holstein wissen wollte. Eine "gründliche" Verwaltungsreform an Haupt und Gliedern war im Sommer 1950 vor den Landtagswahlen seitens der heute an der Kieler Förde Regierenden lauthals und bindend der Bevölkerung zugesagt worden. Tonlage und Tonstärke waren dabei stets vor den Wählern darauf ausgerichtet, eine von den heutigen Regierungsparteien angepackte, tiefgreifende Verwaltungsreform würde dem schleswig-holsteinischen Steuerzahler erhebliche finanzielle Erleichterungen bringen. Es wurde vom Abbau der Hälfte aller Landesbediensteten ebenso unbedünnt gesprochen, wie ein radikaler Abbau der Spitze fest zugesichert. Und das Ergebnis? In einem erschreckenden Leerlauf haben jahrelang fleißige Beamte, die für ihre Regierung nichts können, in einem umfangreichen Katalog auf sage und schreibe 140 Pfund Papier lediglich feststellen können, "daß eine Aufgabenverlagerung unter den derzeitigen Verhältnissen immer nur in beschränktem Umfang möglich ist". An mindestens 20 Stellen wurden je 140 Pfund Papier geschickt. Als die buchstäblich handgreiflichste Eidlösung eines fest gegebenen Wahlversprechens kann also lediglich der Verbrauch von 2800 Pfund wehrlosen Papiers und ein jahrelanges Flagen ebenso wehrloser Beamten, Angestellten und Arbeiter verzeichnet werden.

Die immer rascher rückläufig gehende Entwicklung in Schleswig-Holstein hat sich nicht nur als folgenschwer für seine Bevölkerung gezeigt, sondern sie wird nachgerade zu einer Gefahr für Fortschritt und Gerechtigkeit in der Bundesrepublik. Wenn zwar in Schleswig-Holstein für die Umkehrung des Wortes von Dr. Ehlers "Ungerechtigkeit verunehrt ein Volk" allein und ausschließlich eine Regierung und die hinter ihr stehenden Interessentengruppen verantwortlich sind, so kann jedoch auf die Dauer im übrigen Bundesgebiet seine alles und überall zersetzende Auswirkung nicht übersehen werden!

Verantwortlich: i.V. Albert Exler